

März 2007

Die zahlreichen internationalen Klimagipfel in den letzten Monaten und die Kommentare von Wissenschaftlern zu diesen Gipfeln haben bestätigt, dass die Erwärmung unseres Planeten nicht mehr nur eine beängstigende Prognose, sondern inzwischen auch eine unumstößliche Tatsache ist. Dennoch hat die Diskussion darüber, mit welchen Strategien dieser globalen Krisensituation zu begegnen ist, im Vergleich zu der weit fortgeschrittenen wissenschaftlichen Debatte gerade erst begonnen.

Die Frage, die auf der Tagesordnung steht, lautet nun nicht, *ob* die Erwärmung des Planeten Auswirkungen haben wird, sondern *in welchem Rahmen* und *wie* diesen Auswirkungen zu begegnen sein wird. Die immer noch bestehende Unsicherheit hinsichtlich der zeitlichen und geografischen Abfolge der Auswirkungen des Klimawandels betrifft nicht die Grundtendenz, die auf einen Anstieg der Temperatur auf unserem Planeten hinausläuft, von dem die weitere Entwicklung des Klimas abhängen wird. Inzwischen gilt es in der Tat als gesichert, dass die bisher in die Atmosphäre ausgestoßenen Treibhausgase bereits bis 2020-2030 zu einem Temperaturanstieg führen werden und dass selbst bei einer erheblichen Senkung der Treibhausgasemissionen nach 2040 die Kurve des Anstiegs der Temperatur auf dem Planeten im Laufe dieses Jahrhunderts nicht wieder abfallen wird. Die mit diesem Phänomen einhergehenden Klimaänderungen werden sich mit Sicherheit verhängnisvoll in einem globalen Machtrahmen wie dem derzeitigen auswirken, der bereits durch starke wirtschaftliche und militärische Ungleichgewichte zwischen den wichtigsten Polen und enorme Ungleichheiten zwischen den verschiedenen Regionen der Welt gekennzeichnet ist. Das Risiko besteht darin, dass diese Ereignisse ohne die Existenz weltumspannender demokratischer Politikinstrumente als Katalysatoren dienen können und die Welt in eine lange Epoche mit zahllosen Konflikten zwischen den Staaten stürzen werden. Auch aus diesem Grunde ist es daher vordringlich, den Übergang zu einer evolutiven Weltordnung zu fördern, die sich von der jetzigen unterscheidet und in deren Rahmen konkret das Ziel vorgegeben werden könnte, zur Bewältigung globaler Krisensituationen ein kooperatives Zusammenwirken der verschiedenen Kontinente vorzusehen.

Unter den gegenwärtigen Bedingungen ist dieser Übergang jedoch aufgrund der tief greifenden Interessenkonflikte und des wachsenden Misstrauens in den Beziehungen zwischen den USA, China und Russland undenkbar. Nur ein Europa, das in der Lage wäre, im internationalen Rahmen politisch zu handeln und sein Gewicht in die Waagschale zu werfen, könnte diese Beziehungen wieder ins Gleichgewicht bringen und friedlicher gestalten. Solange die Europäer untereinander geteilt sind, können sie keinen Beitrag für den Rest der Welt liefern, da sie nicht über die Mittel verfügen, um die Entstehung einer gerechteren und ausgewogeneren Weltordnung zu fördern; ebenso wenig werden sie auch die eigene Zukunft durch Gegenmaßnahmen schützen können, die darauf abzielen, den Auswirkungen der Klimaänderungen vorzubeugen, die auch ihre jeweiligen Volkswirtschaften und nationalen Sicherheitssysteme treffen und sie anfälliger und unsicherer machen werden.

Vor allem in Europa scheint sich niemand wirklich dieser Dringlichkeit und dieser Verantwortung bewusst zu sein. Die meisten machen sich (und den öffentlichen Meinungen) weiterhin etwas vor, wenn sie glauben, dass man ein globales Problem wie die Stabilisierung des Klimas mit noch so vielen Mikrorevolutionen im Kultur-, Technologie-, Produktions- und Konsumbereich auf nationaler Ebene bewältigen kann. Diese Illusion, die auch das Kyoto-Protokoll und die Pläne der Europäischen Kommission hervorgebracht hat, geht ihrerseits auf einen schwer wiegenden politischen Irrtum zurück, der sich als fatal erweisen könnte und der darin besteht, dass man das für die Errichtung einer weltumspannenden ökologischen *governance* erforderliche Machtgefüge bereits als existent betrachtet, wohingegen dieses Gefüge in Wirklichkeit erst noch geschaffen werden muss.

Gerade das Kyoto-Protokoll legt Zeugnis davon ab. Dieser vor zehn Jahren von den Europäern gewollte Vertrag wurde schon damals als unangemessen erachtet und ist in der Folge speziell von den europäischen Ländern nicht eingehalten worden. Wenn die USA das Protokoll nicht ratifiziert und wenn China und Indien sich ihren nur begrenzten Verpflichtungen entzogen haben, so war dies in erster Linie auf die geringe Glaubwürdigkeit der Europäer, ihre nicht

aufeinander abgestimmte Außen- und Energiepolitik und das Fehlen einer tatsächlichen Verhandlungsmacht Europas auf internationaler Ebene zurückzuführen. Bereits vor zehn Jahren war offensichtlich, dass die Europäische Union (der Fünfzehn) nicht im Stande gewesen wäre, ihre Mitgliedsländer zu einer strikten Politik der Reduzierung der Emissionen zu verpflichten. Derzeit sind in der Tat nur Großbritannien und Schweden in der Lage, die Kyoto-Auflagen zumindest auf dem Papier und immerhin *motu proprio* zu erfüllen. Auch die Hoffnungen, unter Rückgriff auf die Marktmechanismen außergewöhnliche Ergebnisse zu erzielen, sind an der Mauer der europäischen Spaltung zerbrochen. In der Tat ist ein kaum transparenter internationaler Handel mit Emissionsrechten entstanden, der seinerzeit von den USA vorgeschlagen wurde – die seit langem einen funktionierenden Emissionshandel auf Bundesebene regeln – und dessen erste Ergebnisse allen vor Augen sind: im vergangenen Jahr haben es einige Länder, darunter Großbritannien, dank des Handels mit diesen Rechten als lohnend empfunden, den Verbrauch von aus Kohle anstatt aus sauberen Brennstoffen gewonnener Energie zu steigern, während andere Länder wie Japan sich wiederum veranlasst sahen, die in Kyoto eingegangenen Verpflichtungen vorerst lieber nicht zu erfüllen anstatt von Ländern, die wie Russland nach wie vor eine prekäre Umweltpolitik verfolgen, Quoten an Emissionsrechten zu erwerben.

Auch die gegenwärtigen Pläne der Europäischen Kommission zum Klimaschutz und zur Energieeinsparung enthalten wieder einmal große europäische Absichtsbekundungen, deren Verwirklichung jedoch den nationalen Regierungen der einzelnen Länder übertragen wird. Genau wie vor zehn Jahren sind wir mit der selbstverschuldeten Illusion konfrontiert, dass es genügt, (im Übrigen unzureichende) Ziele festzusetzen, damit diese erreicht werden können. Ausgehend von den genannten Plänen müsste die Europäische Union die Verpflichtung zur Eindämmung des globalen Phänomens der Erwärmung des Planeten mit dem europäischen Interesse an Energiesicherheit in Einklang bringen. Tatsächlich besteht gegenwärtig jedoch die Tendenz, dass sich die Abhängigkeit Europas von den russischen, algerischen und asiatischen Gaslieferungen noch verstärkt; darüber hinaus gibt es keine europäische Nuklearpolitik, und das Tempo, mit dem der Einsatz der erneuerbaren Energien vorangetrieben wird, ist von Land zu Land äußerst unterschiedlich, während die angestrebte Schaffung von Anreizen für den Verbrauch von Biokraftstoffen ohne eine angemessene Produktionsgrundlage in dem einschlägigen Sektor der europäischen Landwirtschaft zwangsläufig zu einer neuen Energieabhängigkeit von anderen Kontinenten (Nord- und Südamerika) auf einem anderen Gebiet führen wird.

Wollen sich die Europäer tatsächlich in die Debatte über die Zukunft des Klimas auf unserem Planeten einschalten und einen Beitrag zur Lösung des politischen Problems leisten, das dem zugrunde liegt, nämlich die Teilung der Menschheit, dann müssen sie diese Selbsttäuschungen aufgeben und anfangen, sich den Tatsachen konkret zu stellen. Jedwede Maßnahme, die auf die Stabilisierung des Klimas abzielt, müsste – wenn sie von Bedeutung sein soll – im Verlauf der beiden nächsten Jahrzehnte in großem Maßstab beschlossen und unterstützt werden. Und da ein sofortiger und drastischer Rückgang bei der Verwendung fossiler Brennstoffe insgesamt, der bereits in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts gewisse Auswirkungen haben könnte, derzeit undenkbar ist, sind Pläne für die einzelnen Kontinente und weltweite Pläne zu erstellen, die darauf abzielen, die Folgen der unvermeidbaren Tendenz zur Erwärmung des Planeten zumindest zu mildern.

Daher besteht die Aufgabe der Europäer darin, dafür zu sorgen, dass auf der Weltbühne ein europäischer Pol in Erscheinung tritt, der den Übergang zu einer globalen Regelung der Umweltprobleme fördert. Dies bedeutet, dass binnen kurzem ein Europäischer Bundesstaat geschaffen werden muss, der den übrigen Polen an Größe und Macht vergleichbar wäre. Die Diskussion um die Wiederbelebung des europäischen Verfassungsvertrages kann ein solches Bewusstsein selbstverständlich nicht generieren. Dieser Vertrag soll nämlich dazu dienen, eine Lösung für die *governance*-Probleme der Union der 27 oder mehr Länder zu finden, während Europa als politische Einheit nur dann wieder belebt werden kann, wenn einige Länder – die schwerlich außerhalb der Reihen der Länder stehen könnten, die den europäischen Integrationsprozess eingeleitet haben – zu der Einsicht gelangen, dass sie den entscheidenden Schritt tun und einen Föderalen Pakt untereinander schließen müssen, der über die bestehenden Verträge hinausgeht. Ein derartiger Akt politischer Union wäre bei weitem das konkreteste und bedeutendste Signal, das die Europäer an die Welt aussenden könnten, um deutlich zu machen, dass es eine Alternative zu einer von den Risiken der internationalen Anarchie und der Klimaunsicherheit beherrschten Zukunft gibt.

*Publius*

---

Unter der Federführung der Stiftung Mario und Valeria Albertini

---

Editrice EDIF Onlus, via Volta, 5 - I-27100 Pavia - E-mail: [publius@euraction.org](mailto:publius@euraction.org)  
Direttore responsabile Elio Cannillo - Autorizzazione Tribunale di Pavia n. 574 del 9 settembre 2002  
Stampatore PIME SRL, Pavia - Poste Italiane s.p.a., Spedizione in Abbonamento Postale D.L. 353/2003  
(conv. in L. 27/02/2004 n. 46) art. 1, comma 2, DCB Pavia  
[www.euraction.org](http://www.euraction.org)